

In: [Politik](#) | Am: 15.10.2019 - 11:00

## Gastkommentar

# Baumann: Ohne stabile Rahmenbedingungen helfen auch Milliarden Euro nicht



*Biokraftstoffe brauchen stabile Rahmenbedingungen fordert VDB-Geschäftsführer Elmar Baumann. (Foto: Verband der Deutschen Biokraftstoffindustrie)*

**Berlin (energate) - Die Bundesregierung will fortschrittliche Biokraftstoffe als Teil der Klimaschutzmaßnahmen fördern. Eine richtige Entscheidung. Wichtig ist aber, dabei die herkömmlichen Biokraftstoffe nicht aus dem Blick zu verlieren.**

***Ein Gastkommentar von Elmar Baumann, Geschäftsführer Verband der Deutschen Biokraftstoffindustrie***

1,1 Mrd. Euro will die Bundesregierung in den kommenden vier Jahren bereitstellen, um weitere Alternativen zu fossilen Kraftstoffen zu entwickeln. Eine riesige Summe! Es ist richtig, dass Geld hierfür investiert wird. Ob die Aufwendungen dafür ausreichen, dass Deutschland seine internationalen Verpflichtungen im Klimaschutz erfüllen kann, bleibt gleichwohl zweifelhaft. Denn mindestens ebenso wichtig wie Forschungsgelder sind stabile gesetzliche Bedingungen, die einen gesicherten Rahmen für die Industrie schaffen.

## Biokraftstoffe aus Reststoffen bleiben Herausforderung

Trotz aller generellen Kritik: Die Bundesregierung fasst mit dem Klimaschutzprogramm 2030 eine Reihe von sinnvollen Maßnahmen ins Auge, um den Treibhausgasausstoß im Verkehr zu senken. Grund hierfür sind allerdings nicht nur die öffentliche Debatte und die steigenden Treibhausgasemissionen. Die Bundesregierung ist längst durch zwei europäische Gesetze dazu verpflichtet, den Treibhausgasausstoß im Verkehr zu senken: Erstens regelt die europäische Erneuerbare-Energien-Richtlinie II (RED II), dass bis 2030 der Anteil besonders klimafreundlicher fortschrittlicher Biokraftstoffe aus Rest- und Abfallstoffen auf 1,75 Prozent des Energieverbrauchs im Verkehr steigt. Was zunächst wie ein kleiner Anteil klingt, ist tatsächlich eine gewaltige Herausforderung. Bisher gibt es in Deutschland lediglich ein Unternehmen, das in großindustriellem Maßstab aus Reststoffen wie Stroh Biomethan zum Tanken erzeugt. Denn es stellt die Unternehmen vor große Schwierigkeiten, die anspruchsvollen Produktionsmethoden vom Labor in einem viel größeren industriellen Maßstab zu realisieren.

Die jetzt von der Bundesregierung bis 2023 vorgesehenen Mittel in Höhe von 472 Mio. Euro für Forschung und Entwicklung bei fortschrittlichen Biokraftstoffen sind deshalb gut angelegt. Schließlich droht ein teures Vertragsverletzungsverfahren, wenn Deutschland die Klimaziele nicht erreicht. Unabhängig von den Vorgaben der RED II sind auch die von der Bundesregierung vorgesehenen Mittel für die Erforschung der Elektrolyse (677 Mio. Euro bis 2023) sinnvoll investiert. Diese dient als erster Schritt hin zur Produktion strombasierter Kraftstoffe wie Wasserstoff, Power-to-Gas und Power-to-Liquid. Zweitens ist die Bundesrepublik durch die Lastenteilungsverordnung (Effort Sharing Regulation,

ESR) verpflichtet, bis 2030 den Ausstoß von Treibhausgasen in den Bereichen Landwirtschaft, Verkehr und Gebäude insgesamt um 38 Prozent im Vergleich zum Jahr 2005 zu verringern. Der Verkehr spielt hier eine wesentliche Rolle, zumal nicht erreichte Verringerungen von den Bereichen Landwirtschaft und Gebäude ausgeglichen werden müssen.

## Biokraftstoffe vermeiden Strafzahlungen

Verfehlt die Bundesregierung die europäischen Vorgaben der ESR, drohen Strafzahlungen von bis zu 60 Mrd. Euro. Zwar können allein die heute eingesetzten Biokraftstoffe gemeinsam mit den von der RED II vorgegebenen fortschrittlichen Biokraftstoffen nach einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung die drohenden Strafzahlungen um bis zu 10 Mrd. Euro senken. Dies zeigt, wie wichtig erneuerbare Kraftstoffe für den Klimaschutz in Deutschland sind. Wie wichtig es ist, sämtliche Arten von Biokraftstoffen zu nutzen, zeigt sich auch bei den Einsparungen im Rahmen des ESR. Denn alleine die zu Unrecht kritisierten Biokraftstoffe aus Anbaubiomasse wie zum Beispiel Biodiesel aus Raps sparen bis zu 5,8 Mrd. Euro ein.

Damit die Gelder der Bundesregierung tatsächlich dazu führen, dass hierzulande alternative Kraftstoffe im industriellen Maßstab hergestellt werden, sind zudem dringend stabile rechtliche Rahmenbedingungen erforderlich. In den vergangenen zwölf Jahren war dies für Biokraftstoffe nicht der Fall. Trotz der dominierenden Rolle, die nachhaltige Biokraftstoffe für den Klimaschutz in Deutschland spielen, wurde ihre Förderung immer wieder einschneidend verändert und sogar vollständig infrage gestellt. Dabei liefern Biokraftstoffe rund 90 Prozent der erneuerbaren Energien im Verkehr, sparen 7,6 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> jährlich ein und emittieren im Vergleich zu fossilen Kraftstoffen 65 bis 90 Prozent weniger Treibhausgase.

## Forschungsgelder allein reichen nicht

Nach einer Branchenumfrage sind Investoren jedoch nur bereit, in fortschrittliche Biokraftstoffe zu investieren, wenn auch das bisherige Engagement für herkömmliche Biokraftstoffe geschützt wird. Gelder für Forschung und Entwicklung in Milliardenhöhe reichen also nicht aus. Auch in Zukunft muss die Bundesregierung dafür sorgen, dass alle erneuerbaren Kraftstoffe einen Marktzugang erhalten. Entwertet sie dagegen die bestehenden Investitionen, ruiniert sie das Investorenvertrauen. Daher muss die bestehende Nutzung von Biokraftstoffen auf dem heutigen Niveau fortgeführt und um die neu hinzukommenden fortschrittlichen Biokraftstoffe ergänzt werden. Nur dann sind die jetzt zur Verfügung gestellten Mittel für Forschung und Entwicklung nachhaltig investiert und nur so kommt es zu einer weiteren Verbesserung des Klimaschutzes im Verkehr.

---

**Copyright:** energate-messenger.de  
**Kontakt:** ener|gate GmbH  
(redaktion@energate.de)

**Jegliche Verwendung für den nicht-privaten, kommerziellen Gebrauch bedarf der schriftlichen Zustimmung.**  
Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an [info@energate.de](mailto:info@energate.de).